Donnerstag, den 2. September 1926.

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 213. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige illustrierte Beilage „Volk und Zeit" beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; **Ausland:** monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: **Lodz, Petrikauer 109** Hof, links. **Tel. 36-90. Postscheckkonto 63.508** Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3. Privattelephon des Schriftleiters 28-45.

4. Jahrg.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** W. Rösner, Parzęczewska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stoteczna 43; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Dluga 70; **Ozorkow:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Pabianice:** Julius Walta, Sienkiewicza 8; **Tomaschow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunska-Wola:** Berthold Kluttig, Zlota 43; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilinskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellego 20.

Nach dem Genfer Kongreß

Von

Artur Kronig, Sejmabgeordneter.

Genf, im August 1926.

Die große Tagung der Minderheitsnationen Europas ist vorüber. Die Delegierten sind bereits nach ihren Heimatländern abgereist, nur das Präsidium ist noch beisammen, um über die bevorstehenden Arbeiten zu beraten.

Der Kongreß wird unstreitig in der öffentlichen Meinung Europas lauten Widerhall finden. Die Presse widmete dem Kongreß großes Interesse, was in den Genfer Blättern, die ja zum Teil den Völkerbundskreisen nahe stehen, seinen Ausdruck bereits gefunden hat. Auch der Völkerbund selbst, dessen Vertreter noch im vorigen Jahr bei Beginn des ersten Kongresses schleunigst Genf verließen, um dem Kongreß auszuweichen, war in diesem Jahr durch Herrn Colban, den Chef der Abteilung für Minderheitsfragen, bei der Eröffnungssitzung vertreten.

Diese Steigerung des Interesses ist durchaus verständlich, wenn man in Betracht zieht, wie groß die Aktualität des Minderheitenproblems in Europa ist. Das Nationalitätenproblem gehört heute zu den wesentlichsten Ursachen der europäischen Unruhe und Unzufriedenheit. Auch ist es eine erwiesene Tatsache, daß das nationale Empfinden seit und nach dem Kriege bei allen Gruppen, die außerhalb ihrer Stammvölker in fremden Staaten leben, außerordentlich gewachsen ist. Von einem Entnationalisieren kann nach dem heutigen Stande der Dinge überhaupt nicht mehr die Rede sein, so sehr ist sich jede nationale Minderheit ihrer völkischen Eigenart bewußt geworden. Daher ist es notwendig einen Weg zu finden, wie das kulturelle Eigenleben der Minderheitsgruppen im Rahmen der Staaten geregelt werden kann. Findet man diesen Weg nicht, so ist mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß es in Europa erneut zu Explosionen gefährlicher Art kommen wird.

Die letzten Jahre haben es bewiesen, daß die nationalen Gegensätze alle vernünftigen Ueberlegungen überwuchern. Europa kann daher nicht zu einer Politik kommen, wie sie den wichtigsten Lebensbedürfnissen der europäischen Völker entspricht. Wie stark die wirtschaftliche Lage der Staaten und das Wohlergehen jedes einzelnen darunter leidet, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Die Aufrollung und Lösung der Minderheitenfrage ist also eine Notwendigkeit Diese Frage darf nicht totgeschwiegen werden, man darf nicht warten, bis irgendwo in Europa die Explosion zum Ausbruch kommt und den ganzen Kontinent, ja womöglich die ganze Welt schwersten Erschütterungen aussetzt.

Darin eben liegt die eine große Bedeutung des Genfer Nationalitätenkongresses, daß er der europäischen Oeffentlichkeit die drohende Gefahr vor Augen führt, daß er ferner Mittel und Wege sucht, um diese Gefahr zu bannen. Gerade die Minderheiten sind ja an der Erhaltung des Friedens am stärksten interessiert, denn kaum auszudenken ist das Schicksal der nationalen Gruppen, die im Kriegsfalle gegen ihre eigenen Stammesverwandten die Mordwaffe führen müßten.

Das Leitmotiv des Kongresses, wie der gesamten durch ihn repräsentierten Nationalitätenbewegung ist es, das Nationalitätenproblem in Europa auf friedliche Weise zu lösen. Daher haben sich die verantwortlichen Führer der allerverschiedensten Minderheitsgruppen zusammengefunden, um an dem Problem zu arbeiten, wie durch eine Sicherung der kulturellen Entwicklungsfreiheit und eine rechtliche Gleichstellung aller Minderheitsgruppen ein friedlicher nationaler Ausgleich

Die Klügeleien in Genf.

Die Unterkommission hat das Heilserum entdeckt.

Die Reorganisationskommission des Völkerbundes übergab die Ausfindigmachung des Ausweges einer Unterkommission. Vorgestern abend trat sie zusammen und Fromageot referierte über seine Anträge zur Abänderung der Geschäftsordnung des Völkerbundes, über die Verbesserungen und Ergänzungen, die von den einzelnen Mitgliedern der Kommission eingebracht wurden.

Die strittigen Fragen sind: 1) Ob die alljährliche Ausscheidung dreier Mitglieder des Völkerbundrates durch das Los entschieden werden soll oder ob die Mandate in der Uebergangszeit, also bis zum Jahre 1929, eine ein-, zwei- oder dreijährige Dauer haben sollen.

Der deutsche Delegierte von Hoesch begründete seine Ansicht, daß das Los entscheiden soll. Der polnische Delegierte Sokal erklärte sich gegen das Los. Die Unterkommission hat sich schließlich der Ansicht Sokals angeschlossen.

Die zweite strittige Frage ist die Art der Abstimmung. Nach dem deutsch-französisch-englischen Vorschlage sollte die Abstimmung über die zu wählenden unbeständigen Mitglieder durch Listen mit der Bemerkung „Rooligible" (wiederwählbar) erfolgen. Diese Methoden verwarfen Polen, Italien, die Schweiz und andere. Die Unterkommission beschloß, die Vorschläge zu verwerfen und ein System der Deklarationen anzunehmen, das für Polen günstiger ist.

Nach diesem System werden vorerst 9 Mitglieder des Rates gewählt. Aus diesen 9 Mitgliedern werden dann drei unbeständige Mitglieder gewählt, wobei deren Zahl nicht kleiner als drei sein darf.

Die lebhafteste Diskussion entstand bei der dritten Streitfrage, betreffend die Zahl der Mandate, die zur Wiederwahl Berechtigung haben. Die polnische Delegation berief sich auf ihre Vorbehalte im Mai und forderte, daß die Zahl der Mandate mit dem Rechte der Wiederwahl nicht beschränkt werden.

Angenommen wurde eine Kompromißformel Lord Cecils, wonach die Vollversammlung selbst jedesmalig die Zahl von drei mit Rücksicht auf den Kandidaten vergrößern kann.

Das Ergebnis der Beratungen der Unterkommission wird der Reorganisationskommission zur Entscheidung vorgelegt und kommt schließlich im Plenum des Völkerbundes zur endgültigen Annahme.

In der Plenarsitzung der Reorganisationskommission wurde das Projekt der Unterkommission ohne Verbesserungen angenommen. Nur der Delegierte Spaniens nahm an der Abstimmung nicht teil.

Zaleski in Genf.

Außenminister Zaleski ist gestern auf der Durchreise in Genf eingetroffen. Er konferierte in Gesellschaft des polnischen Delegierten Sokal mit dem Völkerbundsekretär Eric Drummond, mit Scialoja und Lord Cecil. Am Nachmittag ist Zaleski weitergereist.

Spanien droht.

Nach Blättermeldungen hat der spanische Vertreter in der Unterkommission eine Erklärung verlesen, wonach Spanien ohne Umschweife für den Verzicht auf einen ständigen Ratssitz Tanger verlange. Die Kommissionsmitglieder waren um so mehr überrascht, da kurz vorher der Delegierte Italiens erklärte, daß seine Regierung die spanischen Forderungen nicht unterstützen könne.

Man ist in Genf der Meinung, daß, falls Spanien aus dem Völkerbunde austreten werde, auch Argentinien an den Beratungen des Völkerbundes nicht teilnehmen werde.

* * *

Englische Wetten.

Die noch immer für Genf bestehenden Schwierigkeiten finden ihren Ausdruck in dem Stand der Wetten, die bei Lloyd in London abgeschlossen werden. Für die Aufnahme Deutschlands in der jetzigen Tagung werden gewettet 2:2, für eine Umänderung des Völkerbundsrates 5:2.

Die heißblütigen Mexikaner.

Die Regierung von Nicaragua hat sich mit einem Protest an den Völkerbund wegen der Intervention Mexikos in der Revolte in Nicaragua gewandt. Auf das Schreiben des Völkerbundsekretariats, in dem um Aufklärung gebeten wird, antwortet die mexikanische Regierung:

„Mexiko ist kein Mitglied des Völkerbundes und dankt für die Anfrage."

Sehr deutlich gebrüllt, Löwe!

Nach Nachrichten aus Nicaragud ist es den Regierungstruppen gelungen, nach heftigen Kämpfen die Revolutionären endgültig zu besiegen. Nach einer Neuyorker Meldung haben die Aufständischen Cap-Gracias eingenommen.

Meinungsumschwung in Amerika?

Revision der Kriegsschuldenfrage.

Blättermeldungen aus Washington zufolge, hat eine dem Weißen Hause nahestehende Persönlichkeit verlauten lassen, daß die amerikanische Regierung gegenwärtig nicht abgeneigt wäre, die Kriegsschuldenabkommen mit den europäischen Staaten einer Revision zu unterziehen.

Der Mutige also voran! Uncle Sam ist in froher Laune!

* * *

Zu den vorstehenden Nachrichten erließ Coolidge gestern einen Dämpfer, indem er erklärte, die Notwendigkeit zur Aenderung der amerikanischen Finanzpolitik nicht zu sehen.

Muß ja auch sein. Denn andernfalls werden die unruhigen Europäer zu sehr drängen.

herbeigeführt werden kann. Grundlegend ist dabei die Erkenntnis, daß durch Aenderung der staatlichen Grenzen die nationale Frage nicht aus der Welt geschafft werden kann. Die Völker der in Betracht kommenden Gebiete leben so vermischt miteinander, daß, wie man die Grenzen auch zieht, immer Millionen von Menschen als nationale Minderheiten in fremden Staaten leben werden. Daher will auch der Kongreß das nationale Problem im Rahmen der Staaten lösen und schließt jede irredentistische Stellungnahme aus. Dies ist wohl der beste Beweis dafür, daß die Arbeit des Kongresses für die Erhaltung des Friedens in Europa von der größten Bedeutung ist. Außerdem ist diese Stellungnahme geeignet, das Mißtrauen der Staaten zu ihren Minderheiten zu vermindern, da sie ihre Gleichberechtigung auf der Grundlage des Staates, nicht aber durch Bekämpfung des Staates erzielen wollen.

Am Kongreß haben die Vertreter der allerverschiedensten europäischen Nationalitäten teilgenommen. Fast jede dieser Nationalitäten gehört einem Volke an, das seinen eigenen Staat besitzt, in dessen Grenzen wiederum andere Minderheiten wohnen. Daraus ergibt sich die interessante Tatsache, daß die betreffenden Staaten nicht nur eine Regelung der Beziehungen zu ihren Minderheiten anstreben müssen, sondern gleichzeitig auch am Schicksal ihrer Volksgenossen in den anderen Staaten interessiert sind. So ist z. B. das polnische Volk heute nicht nur an den Beziehungen zu den Minderheiten im eigenen Lande, den Deutschen, Ukrainern, Juden usw. interessiert, sondern gleichfalls auch am Schicksal der polnischen Minderheiten in Deutschland, Litauen, Lettland, der Tschechoslowakei usw. Genau so ist dem deutschen Volk das Schicksal der deutschen Minderheiten in Polen, Ungarn, Rumänien usw. nicht gleichgültig. Diese Situation schafft für die Regelung des Nationalitätenproblems ganz neue Verhältnisse. Im Interesse ihrer eigenen Volksgenossen im Auslande werden die Mehrheitsvölker ihren Minderheiten eine bessere Behandlung angedeihen lassen. Haben sich doch alle diese Minderheiten in Genf auf einer gemeinsamen Basis geeinigt und alle von ihren Mehrheitsvölkern das Recht auf freie Entwicklung ihres kulturellen Eigenlebens verlangt.

Nicht Beschwerden sind in Genf geführt worden, noch wurden tönende Proteste erlassen. Ein solches Beginnen wäre zwecklos und würde zu keinem Ergebnis führen. Die Vertreter der Minderheiten sind zusammengekommen, um ein neues Recht zu schaffen. Und wenn die Lage der einzelnen Minderheiten auch noch so verschieden ist, so haben sich doch alle in dem Bekenntnis geeinigt, daß nur durch die Selbstverwaltung der kulturellen Belange die Entwicklungsfreiheit eines Volkes gesichert werden kann. Die Minderheiten haben die Lösung ihres Problems selbst in die Hand genommen, denn die dazu berufene Instanz, der Völkerbund, hat bis jetzt versagt. In den Resolutionen, die der Kongreß angenommen hat, wurden die Anfänge dieses neuen Minderheitenrechtes geschaffen. Wir sagen mit Recht die Anfänge, denn die weitere Ausgestaltung dieses Rechts wird bis zu seiner Vollendung und Verwirklichung noch viel opferreiche Arbeit beanspruchen.

(Siehe auch Bericht im Beiblatt.)

Beschlüsse des Ministerrats.

Gestern hat der Ministerrat in seiner Sitzung die Aenderungen des Statuts der Bank Polski angenommen.

Darauf wurde Art. 54 des Strafgesetzbuches in der Weise abgeändert, daß es den Gerichten gestattet sei, die Zeit der Voruntersuchung anzurechnen.

Beschlossen wurde auch die zeitweiligen Unterstützungen an die Arbeitslosen weiterzuzahlen.

Der Stadt Warschau wurde eine Anleihe in Höhe von 400 000 Zloty für öffentliche Arbeiten gewährt.

Polnische Kohle für Rußland.

Aus Leningrad wird gemeldet, daß der erste Transport polnischer Kohle für die sowjetrussische Industrie nach Pskow dirigiert wurde. Die anderen Sendungen sollen über Danzig nach Rußland gehen.

Der Juristische Rat.

(Von unserem Warschauer D-Berichterstatter.)

Der Vorsitzende des Juristischen Rates ist nominell der Justizminister. Sein beständiger Vertreter soll der Präses der Hauptstaatsanwaltschaft Bukowiecki sein.

Die vor einigen Tagen angesagte Ernennung der einzelnen Mitglieder des Rates ist noch nicht erfolgt. Wahrscheinlich will die Chjena doch etwas zu viel Sitze für sich haben.

Die Bauernpartei gegen die Regierung.

(Von unserem D-Korrespondenten.)

Gestern beriet in Warschau der Klub der Bauernpartei. Nach längeren Debatten wurde eine Entschließung angenommen, in der sich der Klub gegen die Regierung Bartel erklärt.

Den Parteitag beschlossen die Abgeordneten für den 19. September einzuberufen.

Ernennungen und Entlassungen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Der gestrige „Monitor Polski" enthält die Bestimmung des Staatspräsidenten, wonach der Direktor des staatlichen Spiritusmonopols, Dr. Jan Podkomorski auf Grund des Artikels 116 des Gesetzes über die staatliche Zivildienstpflicht aus dem Dienst entlassen wird.

In derselben Nummer der Zeitschrift wird die Ernennung Grazynskis zum Wojewoden von Oberschlesien und des Starosten Mech zum Wojewoden von Wolhynien bekanntgegeben.

Der bisherige Wojewode von Wolhynien, Dembski, wurde zum Beamten der 4. Kategorie im Innenministerium ernannt.

General Malczewski demnächst vor Gericht.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten).

Die Gerichtsverhandlungen gegen den Hauptschuldigen in den Maivorfällen, den ehemaligen Kriegsminister Malzzewski, werden demnächst stattfinden. Sein Verteidiger stellte den Antrag, den General Gruber, der zum Vorsitzenden des Gerichts ernannt wurde, ausschließen zu lassen, weil er denselben als Zeugen aufrufen zu lassen gedenkt. Das Kriegsgericht hat diesen Antrag abgelehnt. Die Rechtspresse verbreitet Nachrichten, daß Malczewski im Gefängnis schlecht behandelt werde, während die auf Seiten der Regierung stehende Presse das Gegenteil behauptet.

Der Flieger Orlinski

ist gestern 4 Uhr 25 Minuten morgens von Tschita abgeflogen und wird in Charbin landen. Die weitere Etappe ist Fuzan, bis jetzt hat Orlinski 10 000 Kilometer zurückgelegt.

Immer mehr aus der Warschauer Kriminalpolizei.

Wenn man in der „Zeitschrift für Administration und Staatspolizei" liest, daß in Warschau von den begangenen Verbrechen 90 von Hundert aufgedeckt werden, so ist man über die außergewöhnlichen Erfolge entzückt. Sieht man die Statistik durch, so setzen sich die 90 Prozent aus Schlägereien von Betrunkenen, Radaumachern, kleinen Diebstählen usw. zusammen. Wo bleiben aber die großen Sachen? Im vorigen Jahre sind über 80 und im laufenden Jahre 55 Kassen erbrochen, aber kein einziger Täter entdeckt worden. Im vorigen Jahre wurde kaum eine Falschmünzerbande aufgedeckt. Obgleich wir mit Falschgeld überschwemmt werden, hat die Polizei in diesem Jahre nicht eine einzige Falschgeldfabrik ans Licht gebracht. Nur reichen, einflußreichen Leuten, mit denen das Untersuchungsamt rechnet, werden ab und zu gestohlene Gegenstände auf dem Auskaufswege zurückgegeben.

Mit den Herbstpferderennen beginnt auch das Unwesen der „Buchmacher". Keiner von ihnen wird abgefangen. Warum? Die Schmierabgabe ist hier das Geheimnis. Hin und wieder werden ja auch Personen festgenommen, aber unschuldige, die wieder auf freien Fuß gesetzt werden müssen. Zu gleicher Zeit sitzen die Berufsbuchmacher in irgendeinem Restaurant und berechnen ihren Gewinn.

Der frühere russische Spitzel Podgórski war beschuldigt, mit einem Diebe die Beute geteilt zu haben. Um sich zu retten, verhaftete er seinen Kumpan. Nach der von Kurnatowski geführten Untersuchung wurde P. zum Leiter einer Untersuchungsabteilung befördert.

Der Spitzel Tomaszewski, der zugleich Feldscherdienste im Gefängnis besorgt, stellt Gefangenen Zeugnisse aus, auf Grund derer sie wegen Krankheit entlassen werden. Das Wunder ist nur, daß diese Kranken nach der Freilassung sofort genesen.

* * *

Der Kriminalwachtmeister Szabranski wurde vorgestern endlich aus dem Dienst entlassen.

Vom Bergarbeiterstreik.

Gestern früh haben Mac Donald und andere parlamentarische Führer der Arbeitspartei eine längere Konferenz mit dem Vollzugskomitee der Bergarbeiter gehabt, um festzustellen, ob das Komitee mit den Vorschlägen einverstanden sein wird, die vorgestern in der Sitzung des Unterhauses vorgebracht wurden.

* * *

Die Abgeordnete des Unterhauses Miß Wilkinson, die sich nach Amerika begab, um eine Propaganda zur Hilfeleistung für die englischen streikenden Bergarbeiter durchzuführen, erklärte nach ihrer Rückkehr den Pressevertretern, daß sie in Amerika auf eine herzliche Mitarbeit der Arbeiterföderation gestoßen sei.

Die deutschen Kommunisten fordern Abtragung der Fürstendenkmäler.

Die kommunistische Fraktion im deutschen Reichstag hat den unerwarteten Antrag gestellt, daß die Regierung sofort die Renovierungsarbeit an den Fürsten- und Kaiserdenkmälern in der sogenannten Siegesallee in Berlin einstelle. Die Antragsteller fordern die Beseitigung dieser Denkmäler aus ästhetischen Rücksichten und Verteilung des gewonnen Materials an arme Bildhauer.

Die Wiener Regierung Ramek vor dem Rücktritt.

Die vorgestrige Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Regierung Ramek unter Anklage zu stellen, weil sie ohne parlamentarische Ermächtigung 620 Millionen für die Sanierung der Zentralbank der deutschen Sparkassen verauslagt hatte. Der Anklageantrag wurde abgelehnt. Aber trotzdem ist die Stellung des Kabinetts infolge verschiedener Mißgerichte in der letzten Zeit derartig erschüttert, daß man den Rücktritt des Ministeriums als unvermeidlich betrachtet.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Peking.

Der chinesische Außenminister hat der Moskauer Regierung mitgeteilt, daß die Pässe für den Botschafter Karachan fertiggestellt sind und daß sie dem Botschafter in Kürze ausgehändigt würden, falls Moskau ihn nicht bald abberufe.

Wie der Asien-Osteuropadienst meldet, hat die Sowjetregierung dem Pekinger Kabinett mitgeteilt, daß, falls das Kabinett auf Entfernung des Sowjetbotschafters Karachan von seinem Posten bestehen sollte, Rußland die diplomatischen Beziehungen zu China sofort abbrechen werde. Karachan genieße das volle Vertrauen seiner Regierung. Es wird die Widerrufung der chinesischen Noten in der Sache Karachan gefordert. Aus Peking trifft die Nachricht ein, daß Tschangtsolin die Auflösung der chinesischen Gesandtschaft verlangt.

Die Frau des ehemaligen Sultans begeht Selbstmord.

Aus Kairo wird gemeldet, daß die Frau des ehemaligen türkischen Sultans Mahomed, Wahedding, sich in den Nil geworfen habe. Die Ursache dieses verzweifelten Schrittes soll materielle Not sein. Wahedding wurde von Fischern gerettet.

Proporz in Griechenland.

Aus Athen wird gemeldet, daß die Regierung beschlossen hat, das Proportionalwahlverfahren bei den nächsten Kammerwahlen anzuwenden. Die monarchistischen Parteien drohen deshalb mit Stimmenthaltung. Man versichert, daß Venizelos seine Kandidatur aufstellen wird.

Die Anklageakte gegen Pangalos.

Wie Nachrichten aus Athen besagen, ist der neue Justizminister mit der Bearbeitung eines Anklageaktes gegen Pangalos und seine Mitarbeiter wegen Staatsverrat beschäftigt. Der Minister geht von dem Standpunkt aus, daß Pangalos die Macht an sich gerissen und eine Regierung ohne moralische Bevollmächtigung seitens des Volkes geschaffen habe. Außerdem sollen Pangalos und seine Freunde für Ausnutzung ihrer Stellungen für private Zwecke angeklagt werden. Die Regierung soll sich mit der Absicht tragen, das Privatvermögen von Pangalos und seinen Freunden zu beschlagnahmen.

Europäischer Nationalitätenkongreß in Genf.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

III.

Genf, den 27. August 1926.

Im Laufe der vergangenen zwei Tage sowie heute vom frühen Morgen an haben die Kommissionen des Kongresses fleißige Arbeit geleistet. Die Kulturkommission hat sich in ausgiebiger Weise mit der Sprachenfrage befaßt, während die Rechts- und politische Kommission in mehreren Sitzungen die ihr zugewiesenen drei Punkte der Tagesordnung behandelte. Abg. Kronig nahm in dieser Kommission zur Frage des Staatsbürgerrechts sowie zur Frage der Gleichberechtigung im Wahlrecht auf Grund der Erfahrungen in Polen mehrfach Stellung.

Die Plenarsitzung am Vormittag begann mit dem Referat des ungarischen Abgeordneten im rumänischen Parlament Dr. Jacobffy über die Sicherung des Rechts auf Staatsbürgerschaft, dem ein Koreferat des jüdischen Abg. Nurok aus Lettland folgte. Die nach dem Kriege erfolgten Gebietsveränderungen der einzelnen Staaten haben viele Millionen Menschen aus ihrer bisherigen Staatszugehörigkeit herausgerissen. Es ist das Natürliche, daß die betreffenden Personen die Staatsbürgerschaft des neuen Staates, in dessen Gebiet ihr Wohnsitz sich befindet, erwerben. Hierbei werden jedoch die größten Schwierigkeiten gemacht, die in erster Linie gegen die Minderheitsangehörigen gerichtet sind. Die Praxis aus der Nachkriegszeit in den neugebildeten oder territorial vergrößerten Staaten, insbesondere den Nachfolgestaaten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie sowie des ehemaligen russischen Reiches, beweist zur Genüge, daß in bezug auf den Erwerb der Staatsangehörigkeit die rechtliche Gleichstellung der Minderheiten im Verhältnis zu ihren Mehrheitsvölkern durchaus gefährdet erscheint. Es wird eine Menge schwer erfüllbarer Formalitäten verlangt, was zur Bildung einer ganzen Armee von künstlich geschaffenen „Staatenlosen" geführt hat, die als moderne Sklaven unseres Jahrhunderts an Händen und Füßen geknebelt und der Freizügigkeit beraubt sind. Der Kongreß hat es als seine Pflicht erachtet, zu dieser Entrechtung der Minderheitenangehörigen Stellung zu nehmen und hat nach Anhörung beider Referate nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

1. Jedermann hat einen Rechtsanspruch auf eine Staatsbürgerschaft.
2. Das Staatsbürgerrecht ist ein erworbenes Recht, dessen man nur auf Grund eines eigenen Willensaktes verlustig werden kann, wobei der Willensaktes auch in konkludenten Handlungen festgestellt werden kann.
3. Der Abschluß von Verträgen zwischen den interessierten Staaten wie die Konvention von Rom, ist ein geeignetes Mittel zur Lösung der im Zusammenhang mit den staatlichen Umwälzungen akut gewordenen Probleme der Staatsbürgerschaft vieler Hunderttausender, die unverschuldet um ihr Staatsbürgerrecht gekommen und dadurch oft wirtschaftlicher Gefährdung und Elend preisgegeben sind.

   Die Konferenz empfiehlt daher für das Gebiet der ehemals österreich-ungarischen Monarchie die Ratifikation den Konvention von Rom durch die Nachfolgestaaten.

   Für die übrigen Länder, in denen Gebietsveränderungen stattgefunden haben, empfiehlt sich die Einführung der auf diese Frage bezüglichen Grundsätze des Friedenvertrages von Versailles in die staatliche Gesetzgebung bezw. deren Anwendung unter gleichzeitiger Aufhebung entgegenstehender Ausnahms- und Polizeivorschriften.

Der Vertreter der ungarischen Minderheiten in Jugoslawien Dr. Déac referierte hierauf über die Gleichberechtigung im Wahlrecht und dessen Ausübung. Ebenso wie bei uns in Polen starke Tendenzen vorhanden sind, um das bestehende Wahlrecht noch mehr zu unseren Ungunsten zu verschlechtern, sind die meisten Staaten bemüht durch Wahlrechtsreformen, die Vertretung ihrer Minderheiten in den Parlamenten zu verhindern. Da heute die parlamentarische Vertretung allgemein als Spiegelbild des Volkes gilt, wird durch Ausschaltung oder Verringernng der Minderheitenvertretungen eine offensichtliche Fälschung vollzogen, die beweisen soll, daß der betreffende Staat kein Nationalitätenstaat, sondern ein Nationalstaat ist. Die Methoden sind dabei in allen Staaten gewöhnlich dieselben, wie künstliche Wahlkreisgeometrie, Begünstigung der Majorität, Erschwerung der Ausübung des Wahlrechts und dergl.

In der Debatte über diese Frage betonte der Delegierte Casanovas, Vertreter der Catalonier in Spanien, daß die Rechte der Minderheiten nur in einem demokratischen und parlamentarisch regierten Staate gesichert werden können, nicht aber unter der Herrschaft einer Diktatur.

Der Kongreß präzisierte seine Stellungnahme zu dieser Frage in nachstehender Resolution:

Der Kongreß verlangt die Anwendung solcher Wahlmethoden, daß die nationalen Minderheiten in den parlamentarischen und Selbstverwaltungskörperschaften genau entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Gesamtbevölkerung des Staates vertreten sind.

Künstliche Wahlkreisgeometrie, Begünstigung der Majorität und alle sonstigen Bestimmungen und Maßnahmen des Wahlgesetzes, bezw. bei der Ausübung des Wahlrechtes, welche auf die Beeinträchtigung der nationalen Minderheiten abzielen, stehen im Widerspruch mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung.

Es liegt im Interesse der Staaten selbst und einer reibungslosen verantwortlichen produktiven Mitarbeit der nationalen Minderheiten an den Aufgaben des Staates, daß möglichst jeder nationalen Minderheit eine Vertretung im Parlament und den Selbstverwaltungskörperschaften möglich gemacht wird. Insbesondere sind Aenderungen des Wahlgesetzes, welche dazu führen, daß nationale Minderheiten ihre parlamentarische Vertretung verlieren, unbedingt zu vermeiden. K.

Die Stellungnahme der Sozialisten zum Völkerbund

Die Beschlüsse der Internationale.

Die Tagung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wurde Sonntag abend nach Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung geschlossen. Zunächst nahm die Exekutive die von Bauer (Oesterreich) und De Brouckére (Belgien) gemeinsam ausgearbeitete

Resolution über den Völkerbund

an. Sie lautet:

Die Exekutive betrachtet es als Aufgabe des nächsten Kongresses der S. A. J., die Grundsätze ihrer Aktion gegenüber dem Völkerbund und ihre Auffassung über dessen Demokratisierung eingehender festzulegen. Sie erinnert an ihre früheren Beschlüsse über den Völkerbund und erklärt:

Die Exekutive anerkennt die Verdienste, die die Sozialisten als Vertreter ihrer Länder in Genf durch gemeinsame Arbeit für die Annäherung der Völker und für eine Politik der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundsätzen der Internationale leisten können.

Um aber ihre Tätigkeit für die Sache des Weltfriedens und des internationalen Sozialismus so fruchtbringend als möglich zu gestalten, ist es notwendig:

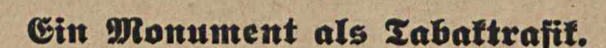
daß die einzelnen Parteien die Voraussetzungen festlegen, unter denen sie eines ihrer Mitglieder ermächtigen, ein Mandat zur Versammlung oder im Rate des Völkerbundes anzunehmen oder zu behalten, und daß sie jederzeit prüfen, ob die Umstände und die von der Regierung ausgehenden Weisungen die Ausübung des Mandats unter Bedingungen gestatten, die mit den Grundsätzen des internationalen Sozialismus, den allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung und den Beschlüssen der S. A. J. vereinbar sind;

daß die S. A J. regelmäßig die Probleme untersuche, die den Völkerbund beschäftigen, und ihre Haltung gegenüber diesen Problemen festlege, um so den einzelnen Parteien und den Delegierten die notwendigen Grundlagen zu liefern, die sie in die Lage versetzen sollen, die angeführten Pflichten zu erfüllen.

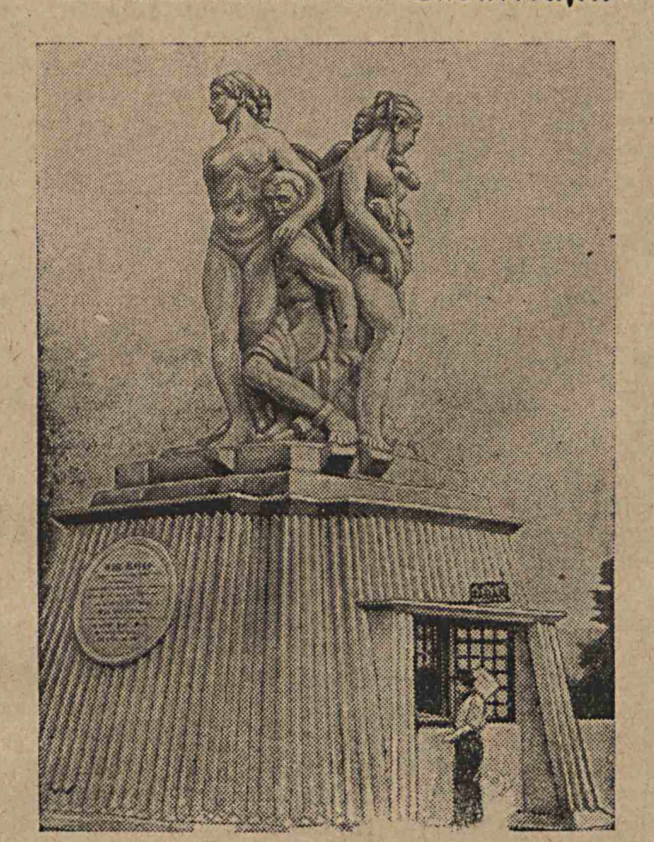
Die Exekutive beschließt, eine Kommission zum Studium der Fragen der Demokratisierung des Völkerbundes einzusetzen, die dem nächsten Kongreß Bericht erstatten wird.

Weiter hörte die Exekutive ausführliche Berichte über die Lage in Italien und Ungarn. Sie beschloß weiter, die Frage der Förderung der Arbeitersportorganisationen auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzung zu stellen.

Auf Antrag Crispiens (Deutschland) wurde schließlich beschlossen, an den verhafteten Führer der russischen Sozialdemokratie, Kutschin, der sich gegenwärtig im Gefängnis in Moskau befindet, und der an einer früheren Sitzung der Exekutive als Vertreter der russischen Sozialdemokratie teilgenommen hatte, ein Begrüßungstelegramm zu richten, das an die Leitung der russischen Tscheka adressiert wurde.



Ein Monument als Tabaktrafik.



In dem Sockel eines Monuments auf dem Prager Brückenkopf befindet sich merkwürdigerweise eine Tabakverkaufsstelle verbunden mit Zeitungsverkauf Daß dadurch die Wirkung der schönen, vom Bildhauer Stursa geschaffenen Gruppe erhöht wird, kann man allerdings nicht gerade behaupten.

Das polnische Meer entfernt sich.

In der letzten Zeit wurden Nachrichten bekanntgegeben, wonach die Regierung an die Schaffung einer polnischen Handelsflotte denkt, um sich noch mehr als bisher selbständig zu machen.

Mit der Verwirklichung des Gedankens wurde Herr Steczkowski betraut, der aber nicht den Weg nach dem Baltikum fand, sondern . . . nach Italien segelte, um mit den Faschisten zu verhandeln. Und diese Verhandlungen haben bereits Früchte gezeitigt, die aber in Polen niemand essen will.

Herr Steczkowski hat sich nämlich von den Italienern einreden lassen, daß die polnische Flotte die Güter nach dem Mittelländischen Meere dirigieren soll, von wo sie unter fremder Flagge weiter geschickt werden sollen. Dabei bieten die Faschisten Herrn Steczkowski ihre Hilfe in der Ausbildung der polnischen Marine an, da wir selbst bekanntlich die Reifeprüfung in dieser Branche noch nicht bestanden haben.

Und Herr Steczkowski macht zu alledem ein Getue, als ob er einverstanden sein würde.

Der regierungstreue Warschauer „Glos Prawdy" ergreift gestern dazu das Wort und nennt mit Recht die Kalkulationen Steczkowskis ein unsinniges Beginnen. Denn wozu Faschismus und Makkaroni, wenn wir das Baltische Meer haben, in Gdingen schon seit Monaten an einem Hafen bauen und schließlich die Ostsee in jeder Beziehung für alle diese Pläne besser als das weite Mittelländische Meer ist.

Wir gewinnen den Eindruck, daß das Steczkowskische Unterfangen nichts weiter als ein schöner Ausflug sein wird. Bezeichnend aber ist doch das Denkvermögen derer, die uns regieren. Und ihre Liebe zu dem Fremden. Besonders zu den Schwarzhemden.

Aus Ssowjetrußland.

Der Volkskommissar Kujbyschew arbeitet gegenwärtig an der Regelung des Verhältnisses zwischen der staatlichen Industrie und den Genossenschaften. Die Genossenschaften erhalten von der Staatsindustrie eine Anzahl von Begünstigungen, werden aber hierfür verpflichtet, die Maßnahmen der Staatsverwaltung auf dem Gebiete des Preisabbaues, des Sparsystems und der Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen.

Landsbury über Rußland.

Der englische Abgeordnete der unabhängigen Arbeitspartei, John Landsbury, hat nach mehrwöchigem

Aufenthalte in der Sowjetunion Leningrad verlassen und veröffentlicht bei dieser Gelegenheit einen Artikel in der „Iswestija" über seine Erfahrungen, die er bei seinem Aufenthalte in Rußland gesammelt hat. Der Artikel ist in äußerst optimistischem Ton gehalten und drückt die Hoffnung aus, daß die englischen Arbeiter einmal auch in die Sowjetunion eintreten und dieselbe in eine Sowjetunion der ganzen Welt umwandeln werden.

Die südamerikanischen Touristen in Moskau.

Die Exkursion der südamerikanischen Touristen besichtigte die Denkwürdigkeiten Moskaus aus dem ehemaligen und dem gegenwärtigen Regime. Vor der Abreise wurde den Touristen zu Ehren ein Konzert im Künstlertheater veranstaltet, welches der Musik, dem Tanz und den Liedern der zahlreichen Völker der Sowjetunion gewidmet war.

Wie die Jungtürken starben.

Der Exminister Dschavid Bei und die drei andern zum Tode Verurteilten wurden in der Nacht zum 26. August hingerichtet. Vier Galgen waren auf dem Platze vor dem Gefängnis von Angora so aufgestellt, daß die Todeskandidaten einander nicht sehen konnten. Dschavid Bei wurde als erstem kurz vor 10 Uhr mitgeteilt, daß das Gericht ein Todesurteil gefällt habe und seine Hinrichtung bevorstehe. Er erklärte, er wundere sich über das Urteil. Auf die Frage nach letzwilligen Verfügungen antwortete er, er habe nichts mehr zu sagen. Unter dem Galgen empfahl er seine Frau und sein Kind dem Schutze seines alten Freundes Hussein Dschahid, des früheren Herausgebers der Zeitung „Tanin", der im Angora-Prozeß freigesprochen wurde. Als Zweiter wurde Exminister Dr. Nazim gehängt. Er protestierte gegen das Todesurteil und schwor, daß er unschuldig sterbe. Als der dritte Todeskandidat, der frühere Deputierte Hilmi gehängt werden sollte, rutschte der Strick aus dem Ring. Der Verurteilte fiel auf die Erde und wurde dann ein zweitesmal gehängt. Hilmi zeigte die größte Kaltblütigkeit. Er setzte sich unter dem Galgen auf den Schemel. Darauf forderte ihn der als Henker fungierende Zigeuner auf, auf den Schemel zu steigen, was Hilmi mit den Worten tat: „Verzeihung, ich wußte das nicht, weil ich zum ersten Male gehängt werde!" Auch der vierte Verurteilte, der frühere jungtürkische Parteisekretär Nail, starb gleich den drei andern beherzt.

Die Weltkirchenkonferenz.

Die Weltkirchenkonferenz, die in Bern zusammentrat, wurde durch eine große kirchliche Feier im Münster zu Bern eröffnet, mit Predigten des Erzbischofs Germanos, der die orientalischen Christen vertrat, des Lorderzbischofs von Winchester und des schwedischen Erzbischofs Söderblom. Die Konferenz hat die Gründung eines christlichen sozialwissenschaftlichen Instituts und die Herausgabe einer großen, internationalen, in drei Sprachen erscheinenden Zeitschrift beschlossen. In der lebhaften Diskussion wurde die Aufgabe des Instituts dahin bezeichnet, die wissenschaftliche Erforschung der heutigen sozialen Probleme vom christlichen Standpunkt aus zu beleuchten. Der Lordbischof von Winchester erhob den Vorwurf, daß die Soziologen und Nationalökonomen bisher die geistigen und moralischen Fragen stark vernachlässigt hätten. Auch die Kirchen hätten zu wenig ihre soziale Verpflichtung erkannt.

Sport.

Eine Tagung der polnischen Arbeitersportvereine.

Am vergangenen Sonntag trat dieselbe in Warschau zusammen und beriet über die Konsolidierung der bisherigen Arbeit und Schaffung einer Organisation für ganz Polen.

An der Tagung nahmen 116 Delegierte teil, darunter die Abgeordneten Jaworowski, Piotrowski und Puzak von der Polnischen Sozialistischen Partei. Die Delegierten vertraten 4000 in Sportorganisationen vertretene Arbeiter. Sie stammten aus Lodz, Lemberg, Krakau, Kattowitz, Dombrowa, Bendzin, Kalisch, Pabianice, Petrikau, Nowy Soncz, Kutno, Wloclawek, Kamienna.

Die Referate umfaßten die Themen: 1) Der Standpunkt des Verbandes der Arbeitersportvereine zu anderen Verbänden; 2) die Agitation in der Provinz; 3) der Standpunkt des Verbandes zu anderen nichtsportlichen Arbeiterorganisationen. Eine lebhafte Diskussion führte zur Annahme von entsprechenden Entschließungen.

In die Verwaltung wurden gewählt: Blaszczyk (Skra, Warschau), Filipiak (Sarmata, Warschau), Jaworowski, T. Jablonski (Powisle, Warschau), Klementiewicz (Krakau), Michlowicz, Aba Puzak, Renkowski (Widzew, Lodz), Slawik (Sila, Oberschlesien), Wonsik, Wolski (Dombrowa).

Von den in der Tagung angenommenen Entschließungen führen wir die wichtigsten an:

„Die Tagung stellt fest, daß der Verband der Arbeitersportvereine auf dem Standpunkt der Luzerner Internationale stehen müsse, besonders was die Einheit des Arbeitersportes betrifft".

Eine weitere Resolution fordert Unterstützung der Arbeitersportvereine durch den Staat und die Selbstverwaltungen.

Vereine • Veranstaltungen.

Christl. Commisverein. Uns wird geschrieben: Wir weisen auf den heute, Donnerstag, den 2 September, um Punkt 9 Uhr abends, stattfindenden Vortrag des Herrn Privatlehrers Hans Freudenthal über das Thema: „Lebensfreude" in empfehlendem Sinne hin. Alle Mitglieder und Freunde des Vereins sind zu diesem Vortragsabend herzlichst eingeladen.

Die Gesangsektion der „Gewerkschaft" veranstaltet am kommenden Sonntag den 5. September a. c., im Lokale des Turnvereins „Dombrowa", Tuschinska Straße 19, ein Familienfest mit Sternschießen für Herren und Scheibeschießen für Damen. Außerdem wird ein Einakter gegeben und die Gesangsektion der Gewerkschaft auftreten. Auch die dramatische Sektion wird ihr Möglichstes tun, um den Gästen genußreiche Stunden zu bereiten. Zum Schluß Tanz bei den Klängen des Musikorchesters der Gewerkschaft unter Leitung des Herrn Ungermann und Herrn Latschislaw. Beginn 2 Uhr nachmittags.

Kurze Nachrichten.

Zusammenstoß eines Autobusses mit einem Expreßzug. In der Gegend von Carliston (England) wurde ein voll besetzter Autobuß bei der Ueberfahrt über das Bahngeleise von einem Expreßzuge überrannt. Acht Insassen des Autobusses waren auf der Stelle tot, die übrigen schwer verwundet.

Hauseinsturz in Barcelona. Durch einen gewaltigen Sturm stürzten zwei Häuser in der Vorstadt von Barcelona ein, wobei 6 Personen getötet wurden.

Erdbeben auf den Azoren-Inseln. Vorgestern wurden durch ein Erdbeben 50 Personen getötet. Auch in Südmexiko wurde ein Erdbeben verspürt, dem zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Der blutgierige Kemal. Von den Gerichten in Angora, wurde gestern wiederum ein Verschwörer, Abdul-Kedir zum Tode verurteilt.

Vierkötter schlägt Gertrud Ederle. Der deutsche Strommeister Vierkötter hat zu der Durchquerung des Kanals von der französischen nach der englischen Küste 12 Stunden 35 Minuten gebraucht und damit den von Gertrud Ederle aufgestellten Rekord mit einer Stunde und 48 Minuten geschlagen.

Barmat entflohen? Die Linkspresse meldet, daß der bekannte Schieber Barmat, der die Preußische Staatsbank erheblich geschädigt hat, am Vorabend seines Prozesses mit Genehmigung der Behörden nach dem Rheinland gelangt und von dort mit falschem Paß über die Grenze entkommen ist.

Es ist nichts so fein gesponnen ... Dr. Schultz, der Leiter der Biologischen Abteilung der Ufa in Neubabelsberg, arbeitet augenblicklich an den Aufnahmen zu einem Film, der das Leben und die Kunstfertigkeit der Spinnen im Bilde festhalten soll. Nach unzähligen vergeblichen Versuchen ist es ihm jetzt geglückt, mit dem Objektiv eine Spinne zu belauschen, die im Begriff ist, ihr Netz herzustellen.

Ein schlechter Scherz. Welche verhängnisvollen Folgen ein schlechter Witz haben kann, lehrt folgender Vorfall. In Buer-Hassel hatten in einem lustigen Kreise junge Leute sich den Ulk erlaubt, einem jungen Mädchen unbemerkt eine tote Maus in die Manteltasche zu stecken. Als das Mädchen später nichtsahnend den Mantel anzog und in die Tasche griff, berührte sie die Maus. Sie erschrak so sehr darüber, daß sie in Ohnmacht fiel und nun im Krankenhaus an einer Nervenkrankheit schwer daniederliegt.

Eine großmütige Gattin. Wenn der Mann seine Ehefrau blutig geschlagen und mit einem Messer bearbeitet hat, braucht er seiner Bestrafung wegen gefährlicher Körperverletzung nur zu befürchten, falls die geschundene Gattin — als einzige Tatzeugin — mit der Sprache herausrückt. Tut sie das nicht, wie kürzlich in einem Fall vor dem Kasseler Schöffengericht, und macht von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht als Ehefrau Gebrauch, so muß der Mann mangels Beweisen freigesprochen werden. Die an sich festgestellten Verwundungen genügen nicht zur Ueberführung des Angeklagten.

Vorschriften zur Hebung der Schülerdisziplin in Moskau. Der Sowjet von Moskau hat es für notwendig erachtet, neue Vorschriften über den Besuch von Theatern und anderen Abendveranstaltungen für Schüler und Schülerinnen zu erlassen. Künftighin sollen alle Veranstaltungen für Schüler spätestens um 10 Uhr abends ihren Abschluß finden und nach dieser Zeit dürfen Schüler oder Schülerinnen nicht mehr die Straße betreten, da die späte Rückkehr nach Hause verschiedene Auswüchse gezeitigt hat. Die für Kinder zugänglichen Kinotheater werden bereits in allernächster Zeit diese Vorschriften erhalten.

Die Faust des Riesen.

Roman von **Rudolph Stratz.**

49. Fortsetzung.

Sie riß den Umschlag auf. Fräulein von Brake schrieb:

„Liebe Martine!

Heute abend fuhr Diether plötzlich in rasender Eile in seinem Automobil hier vor und brachte zu unserem Entsetzen die Kinder wieder zurück. Daß er im vollen Einverständnis mit Dir gehandelt habe, wie er lachend erklärte, kann ich nicht glauben. Sicher liegt da eine neue Missetat vor. Sonst wäre er nicht so guter Dinge gewesen. Er ist gleich wieder nach Berlin zurück, um dort wichtige Vorbereitungen für den ferneren Aufenthalt der Kinder zu treffen, wie er sagte. Seinen Begleiter, eine höchst verdächtige Persönlichkeit ließ er hier zurück. Dieser Mensch weicht seitdem nicht von der Schwelle des Kinderzimmers und zeigte jedem von den Leuten im Hause unaufgefordert, daß er einen scharfgeladenen, sechsläufigen Revolver in der Tasche führt. Spät abends kam ein zweiter ähnlicher Mann. Einer löst den andern im Wachehalten ab. Es ist das reine Gefängnis. Ich schreibe Dir dies, weil eine böse Ahnung mir sagt, daß in Berlin irgendein Unglück passiert ist, und falls dies alles gegen Dein Wissen und Willen geschieht, noch mehr Unglück nachkommt.

Denn ich bin ganz überzeugt, die Kinder sollen morgen oder in den nächsten Tagen von hier weggebracht werden! Er ist wahrscheinlich nur nach Berlin zurück, um ein passendes Versteck vorzubereiten. Liebe Martine — wenn Du Deine Kinder noch sehen und retten willst, dann komm rasch! Komme auf der Stelle! In vierundzwanzig Stunden ist's vielleicht schon zu spät!

Er rühmte sich, er sei schneller als ein Schnellzug in seinem Automobil von Berlin hierhergefahren. Das arme kleine Brigittchen war ganz erstarrt, als wir es aus dem Wagen nahmen. Das Kind ist doch ohnedies so schwächlich von der eben überstandenen schweren Krankheit. Es hustet wieder heftig und hat heiße Backen. Auch dies hat Diether wieder auf seinem schwerbeladenen Gewissen, das er eines Tages vor unserem Herrgott wird rechtfertigen müssen. Gott straft uns immer neu durch ihn hier in Seddelin. Mama und ich haben keinen Menschen hier, dem wir vertrauen können, und, wie Du weißt, auch gar kein Geld. So sind Deine Kinder vorläufig hier auf Gnade und Ungnade Diether preisgegeben!

Ich gebe diesen Brief dem Briefträger selber mit, der eben kommt! So wird er wenigstens nicht unterwegs von Kunzelnick und seinen Spießgesellen unterschlagen. Ich breche darum nun in Eile ab! ... Tu, was Du für recht findest!

Deine treue Schwägerin Agnete."

Martine von Brake hatte den Brief halblaut gelesen, so daß ihn auch die andern hören konnten. Dann wandte sie sich ab und begann, ohne ein Wort zu verlieren, ihre Sachen zu packen. Sie legte sie planlos, wie sie ihr eben in die Hände kamen, auf den Boden des Koffers.

Ihre Schwester hatte sich ihr bang genähert. Sie fragte: „Martine — willst du nach Seddelin?"

Sie bejahte mit einer matten Kopfbewegung.

„Aber Martine — bedenke doch ..."

Nun fuhr die junge Frau auf. Ihre Augen leuchteten wild.

„Was soll ich denn bedenken! ... Soll ich mein Kind sterben lassen? Soll ich mein Kind mir stehlen lassen ...? Ich hab' ja nur noch die Wahl zwischen beidem, wenn ich nicht hingeh'!"

Sie drehte sich, ohne die andern zu beachten, zu dem Justizrat de Windt und fragte ihn mit zitternder Stimme: „Oder können Sie es auch jetzt noch verantworten, einer Mutter zu raten, daß sie dasitzt und die Hände in den Schoß legt, während daheim ..." Sie brach ab.

Der Justizrat schwieg. Ihre Schwester aber sagte laut und bestimmt: „Das Unglück ist nur: du kehrst nicht nur zu deinen Kindern zurück, sondern auch zu deinem Mann!"

„Zu ihm nicht!"

„Bist du erst da draußen, so bist du auch wieder unter seiner Macht! ... Dann kann dir niemand mehr helfen!"

Die junge Frau war noch blasser geworden. Herr de Windt hatte dem Leutnant von Malchow einen Wink gegeben, daß sie beide, die Fremden, sich nun lieber zurückziehen sollten, wo die Geschwister über Martines Ehe sprachen. Die hörte es nicht, daß sich die Tür hinter ihnen schloß. Sie fragte die Diakonissin mit einem spöttischen Zucken der Lippen: „Was weißt denn du von meinem Mann und mir? Haben dir das vielleicht deine Lungenkranken da draußen erzählt?"

„Liebes Kind ... auch in meine Einsamkeit dringt zuweilen ein Laut von außen! Wir sind miteinander aufgewachsen. Ich kenne dich und hab' es immer gesehen, daß dein Mann eine unheimliche Gewalt über dich ausübt ..."

„Vielleicht früher! Aber jetzt nicht mehr! Jetzt weiß ich, wie er ist ..."

„Du weißt es ... Du siehst deutlich alle seine Laster und Verbrechen und flatterst ihm immer wieder in den Rachen, wie ein Vogel der Schlange. Du weißt ganz genau, daß du ihn draußen wieder treffen mußt ... du zitterst davor ... aber du tust es ... Er hypnotisiert dich ... das ist das alte Lied ..."

Die junge Frau biß die Zähne zusammen und starrte zur Seite.

Ihre Schwester fuhr fort: „Papa hat mir vor seiner Abreise nach Italien genau dasselbe gesagt: Retten kann man nur jemanden, der gerettet werden will! Und sie hat keinen eigenen Willen mehr. Sie ist diesem Menschen untertan in Zeit und Ewigkeit. Er kann machen, was er mag — sie wird nicht aufhören, ihn zu lieben!"

(Fortsetzung folgt.)

Primo de Rivera dimissioniert?

Es wird angenommen, daß als Folge des Konfliktes mit der Artillerieoffizieren der spanische Kriegsminister Marquis de Tetuan zurücktreten wird. Primo de Rivera soll beim König um Dimission eingereicht haben. Der König soll ihm aber erklärt haben, auf die Beilegung des Konfliktes mit den Offizieren zu warten.

Lokales.

Eine große Versammlung der Angestellten gemeinnütziger Institutionen.

Es soll über die Wiederholung des Generalstreiks entschieden werden.

e. Angesichts dessen, daß die Postulate der Angestellten der gemeinnützigen Institutionen von den Vertretern beider Seiten genau festgelegt waren, aber bis jetzt nicht vollständig erfüllt sind, hat die „Fünferkommission“ eine außerordentliche Sitzung einberufen, auf der die bisherigen Ergebnisse des Schiedsspruchs und die Projekte der weiteren Aktion besprochen wurden. Es ist festgestellt worden, daß die Ansprüche der Angestellten der einzelnen Institutionen bis jetzt noch nicht befriedigt sind, in einigen, z. B. den Zufuhrbahnen, nur teilweise. Die Diskussionen führten zu der Annahme eines Antrages, eine große Versammlung sämtlicher Angestellten einzuberufen, auf dem der Verlauf der bisherigen Verhandlungen bekannt gegeben und eventuell über Anträge für eine neue Streikaktion, falls die Postulate in einem bestimmten Termin nicht erfüllt werden, abgestimmt werden soll.

* * *

Heute begibt sich nach Warschau eine Delegation aus Verwaltungsmitgliedern der Angestelltenverbände, des Elektrizitätswerkes, der Gasanstalt, Straßenbahnen, Schlachthaus usw. Diese Reise steht in Verbindung mit der für heute einberufenen Zusammenkunft der Abteilungen des Verbandes der Angestellten. Zur Besprechung sollen gelangen: Die allgemeine Lage auf dem Gebiete der genannten Institutionen sowie der Plan für die Erkämpfung eines Teuerungsindexes. Zu diesem Zweck soll im September in der ganzen Republik eine solidarische Aktion der Angestellten unternommen werden, die nötigenfalls durch einen allgemeinen Streik zu unterstützen wäre.

u. **Lohnforderung in der Seidenindustrie.** Gestern fand eine Konferenz der in der Seidenindustrie beschäftigten Arbeiter mit den Vertretern der Berufsverbände wegen einer 12prozentigen Lohnzulage statt. Obgleich diese Arbeiter schon früher eine Zulage von 5 Prozent erhielten, sahen sie sich infolge der wachsenden Teuerung genötigt, durch die Berufsverbände an die Seidenindustriellen ein Memorial zu richten, in dem der genannte Lohnzuschlag gefordert wird.

b. **Der Strumpfwirkerstreik beendet.** Am gestrigen Tage wurde die Arbeit in sämtlichen Strumpffabriken wieder aufgenommen, nachdem eine 12prozentige Lohnzulage bewilligt worden war. Infolge der Knappheit an Strümpfen, die durch die Unnachgiebigkeit der Strumpffirmen entstanden ist, werden nunmehr viele Fabriken in zwei und drei Schichten arbeiten.

Statistik über die unentgeltlichen Mittage. Laut den Daten der Abteilung für Allgemeinfürsorge sind im Juli für die Ernährung der armen Bevölkerung 51 326.67 Zloty verausgabt worden, davon für die Intelligenz 34 058.46 Zloty. An Mittagen wurden hierfür verabfolgt insgesamt 109 784, hiervon an die Intelligenz 44 247.

Geldunterstützungen für die arme Bevölkerung. Im Juli wurden folgende Unterstützungen gewährt: für Miete an 4 Personen 45 Zloty, für den Unterhalt von 125 Erwachsenen und 82 Kindern 2648 Zl., für Heimreisen an 23 Personen 100.85 Zl.

e. **Die Streikzeit den Magistratsangestellten nicht bezahlt.** Gestern wurden den Magistratsangestellten die Gehälter für September ausgezahlt, von welchen laut Magistratsbeschluß der Betrag für die vier Streiktage in Abzug gebracht wurde. Gleicherweise wurden auch den Saisonarbeitern, die in der Bau- und Wirtschaftsabteilung beschäftigt sind, die Streikstunden des am 9. August stattgefundenen italienischen Streiks abgezogen.

e. **Die Einkäufe für Rumänien.** In den letzten Tagen haben sich die Einkäufe seitens der rumänischen Kaufleute auf nur kleine Mengen beschränkt. Die Lodzer Grossisten haben zu der Solidität der rumänischen Kaufleute, denen Kredite nur mit der größten Vorsicht gewährt wurden, kein Vertrauen. Außerdem haben die angekommenen rumänischen Kaufleute eine Zeit getroffen, in der auf dem inländischen Markte die Winterwarenproduktion verstärkt ist und die Kaufleute aus der Provinz, besonders Kleinpolen, sich mit diesen Waren versehen.

k. **Die politische Polizei straft die Straßenbahnverwaltung Lügen.** Seinerzeit wurde berichtet, daß einige Arbeiter während des letzten Straßenbahnerstreiks, die angeblich die Ausfahrt der Waggons verhindert hätten, entlassen wurden. Es handelte sich um den Vorsitzenden des Straßenbahnerverbandes Tadeusz Kusinski, den Sekretär Boleslaw Ziemiana und folgende 5 Personen: Franz Kotkowski, Wlodarczyk, Goeppert, Jan Kaczmarek und Kazimierz Cyll. Als Grund der Entlassung wurde „Terror“ angegeben. Die Sache wurde von den Entlassenen nach der politischen Polizei geleitet, die erklärt hat, daß keinerlei Terror vorgelegen habe. Augenblicklich befinden sich die Akten in der Staatsanwaltschaft. Es ist anzunehmen, daß die Entlassenen wieder eingestellt werden, wahrscheinlich aber erst nach der Gerichtsverhandlung.

Keine Erhöhung der Gehälter für die Lehrer an Privatschulen. Der „Sechserrat“, der sich bekanntlich mit der Finanzsache der Lehrer befaßt, hat beschlossen, keine Erhöhung der Gebührungen für die Lehrer an Privatschulen eintreten zu lassen, sondern den Appell an die Eltern zu richten, daß die Schulgelder pünktlich eingezahlt werden, um den Schulen die Möglichkeit zu geben, die Gehälter an die Lehrer rechtzeitig auszuzahlen.

Die allgemeine Schulpflicht. Vom 1. September 1926 ab verpflichtet die Schulpflicht für alle im Jahre 1919 geborene Kinder. Eltern, die ihre Kinder nicht in den Volksschulen unterrichten lassen wollen, müssen dies in der Schulkommission, Piramowicza 5, deklarieren und gleichzeitig angeben, wo ihre Kinder unterrichtet werden. Dasselbe betrifft auch alle Kinder, die in den Jahren 1918, 1917, 1916 und 1915 geboren sind. Zuwiderhandlungen werden nach dem Gesetz mit Geldstrafen geahndet.

b. **Der schwerfällige Magistrat.** Seit einer ganzen Reihe von Jahren besitzt der Magistrat die Genehmigung zur Enteignung der Gebiete in der Nähe des Lodzer Fabrikbahnhofes, um durch Straßenbau den Verkehr im Zentrum der Stadt zu entlasten. Auch sollte der Viadukt in der Tramwajowastraße abgetragen werden. Es vergingen aber Wochen, Monate und Jahre und nichts wurde vom Magistrat unternommen, um diese Projekte zu verwirklichen. Wie wir nunmehr erfahren, hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten sich dieser Angelegenheit angenommen, und hat beschlossen, den schwerfälligen Magistrat zu schieben, um die Entlastung des Stadtzentrums vom Verkehr durchzuführen.

b. **Die Preise für Gas** sind vom 1. September ab wieder normal, d. h. der in den Sommermonaten gewährte Nachlaß kommt nunmehr in Abzug.

b. **Der Bau von Häusern und Straßen in der Wojewodschaft.** Nach den Erklärungen der Hauptdirektion der öffentlichen Arbeiten werden nur eine Schule in Pabianice und ein Seminar in Zgierz gebaut. Obgleich Plätze bereits vorhanden sind, kann an den Bau der Gebäude für das Wojewodschaftsamt, des Steueramts und Bezirksgerichts noch nicht herangetreten werden. Für das Gerichtsgebäude bestimmt das Ministerium eine Summe von einer eventuellen italienischen Anleihe.

Die Instandsetzung und der Bau von Chausseen und Landwegen ist im laufenden Jahre intensiver als bisher betrieben worden. Mit der Belebung des Handels in der Industrie ist auch die Inanspruchnahme dieser Wege stärker geworden. Große Halbfabrikattransporte werden per Wagen befördert. Die Hauptdirektion bemüht sich die Chausseen und Landwege in bester Ordnung zu halten, wozu viel Geld assigniert wird, das aber leider bei Weitem dazu nicht ausreicht.

Prüfung der Radfahrer. Das Militär- und Polizeibüro gibt bekannt, daß die Prüfungskommission für Radfahrer bis zum 15. d. M. amtiert. Jeder der eine Radfahrernummer besitzt, aber noch nicht geprüft ist, oder eine Nummer erwerben will, hat sich an den Dienstagen von 1 bis 3 und an den Feiertagen von 5 bis 7 Uhr auf dem Sportplatz der „Union“, Przejazdstraße 7, einzufinden.

b. **Wohnungswucher.** Nachdem seit einiger Zeit eine Belebung in der Industrie eingetreten ist, macht sich wiederum ein starker Wucher mit kleineren Wohnungen bemerkbar, dem die Behörden ihr Augenmerk zuwenden und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Inhaber größerer Wohnungen, denen die erhöhten Mietezahlungen schwer fallen, treten möblierte Wohnungen ab. Das Angebot dieser Wohnungen hat sich verstärkt.

e. **Duellunfug.** Gestern morgens fand in einem nahen Wäldchen ein Säbelduell zwischen einem auf gesellschaftlichem und sozialem Gebiete tätigen Herrn und einem Offizier des Schützenverbandes statt. Die Ursache waren Anschauungen politischer Natur. Der Offizier erhielt einen tiefen Hieb in den Arm und sein Gegner leichtere Streiche. Die Aerzte verbanden den beiden Gegnern die Wunden. Ohne sich die Hand gereicht zu haben, wurde jeder nach seine Wohnung gebracht.

k. **Findiger Dieb.** Ein Elektrotechniker, Antoni Piech, rief mehreremal die Firma Karl Küster, Sienkiewicza 23, an, stellte sich als Direktor der Firma Eisert vor und bestellte Glühbirnen. Dann begab er sich zu Küster, die Lampen abzuholen. Als die Firma Eisert Rechnung über die während eines Monats gelieferten Lampen erhielt, stellte es sich heraus, daß es sich um einen Betrug handelt. Bei einem nochmaligen Anruf bestellte Küster die Polizei, und als Piech erschien, die Lampen in Empfang zu nehmen, wurde er verhaftet.

k. **Diebstähle.** Dem Stanislaw Wojczakowski, Polna 42, wurden vom Boden 5 Strumpfstrickmaschinen und Baumwollgarn im Werte von 5000 Zl. gestohlen.— Dem Nuchem Drzewiecki, Stodolniana 4, stahl man 10 Ballen Baumwollabfälle im Werte von 1600 Zloty.

k **Für Zeichengeben mit Gefangenen verhaftet.** Auf einem Balkon des Hauses Lipowa 87 wurden fünf Frauen verhaftet, weil sie sich durch Zeichen mit Gefangenen in dem Gefängnis auf der Kopernikastraße verständigten.

k. **Essigessenz getrunken.** Der 26jährige Antoni Pstrongalski, Lipowa 9, trank Essigessenz. Er wurde nach dem Josephs-Spital gebracht.

k. **Ein Kind von einem Wagen überfahren.** In der Nowomiejskastraße überfuhr bei dem Hause Nr. 21 ein Wagen die 8jährige Anna Blumenfeld. Sie wurde nach dem Anne-Marienspital gebracht.

13. Staatslotterie.

5. Klasse. — 18. Ziehungstag.

(Ohne Gewähr).

15 000 Zl. auf Nr. 21567.

3000 Zl. auf Nr. Nr. 1565 32 886 33 652 46 588 52 698.

2000 Zl. auf Nr. Nr. 28 229 36 255.

1000 Zl. auf Nr. Nr. 9946 10 2ß3 38 508 42 217 47 751 52 060 52 715.

600 Zl. auf Nr. Nr. 6165 16 576 22 321 36 882 41 030 46 867 54 713 55 278.

500 Zl. auf Nr. Nr. 411 2636 7844 8266 11 701 13 840 24 212 24 872 27 637 37 122 42 997 42 950 46 039 54 646 56 532 63 575.

Ziehung der Dollarprämienanleihe.

Die Ziehung fand gestern ym 10.30 Uhr vormittags statt. Es wurden 100 Prämien auf die Gesamtsumme von 75 000 Dollar verlost. Der Gewinn von 40 000 Dollar fiel auf die Nr. 223188. Diese Nummer wurde im Februar d. J. von der Bank Polski „auf Vorzeiger“ einem unbekannten Kunden verkauft. Die Summe von 8000 Dollar fiel auf die Nr. 313 428, die Eigentum der Postsparkasse ist. Zu 3000 Dollar gewannen die Nummern 973804 373504 und 063545. Zu 1000 Dollar die Nummern 756658 434643 573571 354118 373450. Zu 500 Dollar die Nummern 167385 436911 108803 808751 072122 002279 912044 935402 994563 650537. Achtzig Nummern gewannen zu 100 Dollar.

Aus dem Gerichtssaal.

k. **Die Berufsdiebin als Bettlerin.** Die Berufsdiebin Agnieszka Miksinska erschien am 12. April d. J. in der Wohnung der Walentyna Perlinska, wo sie eine Bettlerin vortäuschte. Perlinska ließ die Bettlerin in der Küche warten, um aus dem Zimmer Geld zu holen. Ehe noch die P. zurückkahm, hatte die Bettlerin sich drei auf dem Tische liegende Brillantringe zugeeignet und ist entflohen. Die P. machte Anzeige beim Untersuchungsamt. Am 20. April wurde die Diebin im „Louvre“ als elegant gekleidete Dame abgefaßt. Sie erhielt 3 Jahre Besserungsanstalt.

k. **Wäschebodenbesucher abgeurteilt.** Ein halbes Jahr lang hauste auf dem Lodzer Terrain eine Diebesbande, die manchem Wäscheboden ihre Besuche abstattete. Nachdem der 24. Diebstahl im Hause Nr. 21 in der Srebrnastraße vollführt war, wurde die Bande hinter Schloß und Riegel gesetzt. Gestern verhandelte das hiesige Bezirksgericht über den ersten Diebstahl und verurteilte den Sieramin Piotrowski und Edward Lapkowski zu je 2 Jahren schweren Kerkers und den Walerjan Manicki zu 1 Jahr Gefängnis. Für die anderen 23 Diebstähle wird sich das Kleeblatt noch zu verantworten haben.

k. **Für Nichtstellung zum Militärdienst.** Im Jahre 1920, während des Bolschewikeneinfalls, entfloh Gerhard Krüger nach Deutschland anstatt sich zum Militär zu melden. Am 24. September v. J. kehrte er nach Lodz zurück und erfuhr, daß er die polnische Staatszugehörigkeit verloren habe. Zwecks Einleitung von Schritten zur Zurückerlangung derselben begab sich Krüger zum Regierungskommissar, wurde aber dort verhaftet. Er erhielt 1 Jahr Gefängnis.

u. **Drei Jahre Gefängnis für zwei Paletots.** Die vorbestraften Franciszek Ruchalski und Genowefa Michalak erbrachen am 25. November v. J. das Schloß zu der Wohnung des Schneiders Dykerman in der Franziszkanska 38 und stahlen zwei Mäntel. Die zurückkehrende Frau des Schneiders schlug Alarm und die Diebe konnten noch im Tore festgenommen werden. Puchalski erhielt 3 Jahre, Genowefa Michalak 1 Jahr und 4 Monate Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft.

k. **Ein Werdender.** Der 18jährige Inkassent des Invalidenverbandes, Tomasz Wojtasik, hatte sich von Januar bis 8. Juni d. J. von den einkassierten Geldern 1582,35 Zloty zugeeignet. Am letzten Tage erbrach er den Schreibtisch des Direktors und stahl ihm einen Revolver. Vom Gericht wurde ihm 1 Jahr Besserungsanstalt zudiktiert.

b. **Begnadigung einer Mörderin.** Sensation hat im Jahre 1920 der geheimnisvolle Mord des Kaufmanns Lewinski und der damit zusammenhängende Prozeß hervorgerufen. Nach Lodz kam der Tureker Kaufmann Kacper Lewinski, der hier Waren durch Vermittlung eines Garawinski einkaufen sollte. Lewinski brachte eine große Summe Geldes — eine Million Mark — für den Einkauf mit und bezog in der Ziegelstraße 4 Wohnung. Am Tage nach seiner Ankunft in

Lodz verließ Lewinſki ſeine Wohnung und blieb verſchollen, trotz eifrigſter Nachforſchungen der Polizei. Erſt Ende 1920 wurde auf dem Grundſtück Nr. 51 an der Straße des 1. Mai auf einem Kehrrichthaufen in einem Sack die Leiche eines Mannes gefunden, der ſich als der verſchollene Lewinſki erwies. Die Unterſuchung ergab, daß den Mord Garawinſki mit Hilfe ſeiner Frau, Cäcilie begangen hatte. Vor das Standgericht geſtellt, wurde Garawinſki zum Tode und ſeine Frau zu lebenslänglichem Zuchthaus verarteilt. Im Mai l. J. wandte ſich die Garawinſka mit einem Gnadengeſuch an den Staatspräſidenten, der ihr im Gnadenwege die Strafe in Sechs Jahre ſchweren Kerkers umwandelte.

Filmſchau.

Reduta. Dieſes Lichtſpieltheater wurde dieſer Tage wieder eröffnet, nachdem es gründlich renoviert worden iſt. Als erſter Film, zur Einführung nach der Unterbrechung, wird das ſchöne Bild „Die Mühle von Sansſouci" gegeben. Es gibt den Streit Friedrichs des Großen mit dem Müller Kaſpar wieder, deſſen Mühle in der Nachbarſchaft des Großen Fritz dieſen nervös machte und dazu führte, daß der König den Müller verklagte.

Gebühr, Goetz, Hanni Weiße ſind in dieſem Film der Foxgeſellſchaft beſchäftigt und ſchaffen ſchöne Figuren aus jener Zeit. Dazu kommt die ſchön angepaßte Begleitung, ſo daß der Beſuch des Reduta empfehlenswert iſt.

Aus dem Reiche.

Zum Zyrardower Konflikt.

Die Zyrardower Bevölkerung verlangt ein energiſches Vorgehen der Regierung.

Vorgeſtern kam zum Miniſterpräſidenten Bartel eine Delegation der Stadt Zyrardow in Angelegenheit der Inbetriebſetzung der Zyrardower Werke. An der Delegation nahmen teil: Die Abgeordneten Dobrowolſki von der P P S. und Miczynſki von der N.P.R, ferner der Präſes des Zyrardower Stadtrats Blachowſki, der Stadtpräſident Broszkiewicz, der Vizepräſident Orlik, der Vertreter des Klaſſenverbandes Socha und des Verbandes „Praca" Michalowſki

Die Delegation überreichte ein Memorial, das die verzweifelte Lage widerſpiegelt, die durch den Konflikt entſtanden iſt, der durch Schuld der Fabrikverwaltung ſich ſchon ſieben Wochen hinzieht, ohne Ausſicht auf eine baldige Beilegung. Die Vertreter der Stadt und der Arbeiter erſuchten um Einſetzung eines Kommiſſars von der Regierung aus, der zweifellos Klarheit in die Tendenzen der Fabrikverwaltung bringen würde, die aus nicht nur der Fabrik, ſondern auch ihren Arbeitern feindlich geſinnten Ausländern beſtehe.

Gleichzeitig baten die Vertreter der Stadt um Unterſtützungen für die armen, durch den Lokaut beſchäftigungslos gewordenen Arbeiter.

Der Miniſterpräſident ſagte zu, daß er die vollſtändig richtigen Poſtulate der Delegation unterſtützen werde und verſprach Schritte zu unternehmen, nachdem er ſich mit dem Arbeitsminiſter verſtändigt haben wird.

Die Zyrardower Angelegenheit iſt in der Tat zu einer brennenden geworden Es ſcheint in den Herren der Verwaltung der alte Pharaonengeiſt ſich ausnehmend ſtark verkörpert zu haben. Noch vor dem Kriege hat ſich dieſe Fabrik durch ihre beſonderen Allüren der Arbeiterſchaft gegenüber hervorgetan Vielleicht wird es durch die von der Zyrardower Bevölkerung angeregten Intervention ſeitens der Regierung gelingen, die Fabrik in Betrieb zu bringen und die ſo notwendige Geſundung in der Verwaltung durchzuführen Denn das Spiel der ausländiſchen Kapitaliſten mit den Arbeitern, dem Staat und der Stadt iſt ſträflich.

k. Laſk. Feuerſchaden. Im Dorfe Kozuby, Gemeide Wola Warzykowa, iſt aus unbekannter Urſache auf dem Anweſen des Michal Pietrzak Feuer ausgebrochen, das ſowohl das tote wie lebende Inventar vernichtete. Schaden — 20 000 Zloty.

k. Kaliſch. Sieben Fuhren Weizen verbrannt. Im Dorfe Labanow, Gemeinde Blaszki ſind in der Nacht auf dem Felde dem Joſef Biskupſki ſieben mit Weizen beladene Fuhren, die nebeneinander geſtellt waren, verbrannt. Der Brand entſtand dadurch daß Biskupſkis 7jährige Tochter mit Streichhölzern ſpielte.

Warſchau. Erwägungen, ob Zaboklicki öffentlich hingerichtet werden ſoll. Der auf dem Theaterplatz feſtgenommene Bandit, Student Zaboklicki, kommt vor das Standgericht. In Regierungskreiſen kam man geſtern mit dem Projekt, ihn, falls er zum Tode verurteilt wird, auf einem öffentlichen Platz in Warſchau zu erhängen, als abſchreckendes Beiſpiel. Der Staatsanwalt Hübner erklärte, daß, wenn Zaboklicki vor das Standgericht kommt, eine öffentliche Exekution nicht in Frage kommen könne, ſondern Erſchießung, wozu nur das Militär zuſtändig iſt. Es könnte aber geſchehen, daß, wenn Jarecki im Laufe von 2 Wochen nicht aufgefunden wird, Zaboklicki dem gewöhnlichen Gericht übergeben wird. In dieſem Falle könnte das Todesurteil auf Erhängen lauten und dann wäre die Frage der öffentlichen Hinrichtung aktuell. — Es ſcheint, daß das Mittelalter wiederum Einlaß begehrt. Schauluſtige dürfte es wohl auch im 20. Jahrhundert geben. Wir nennen uns aber — und ſchlagen uns dabei kräftig an die Bruſt — die Fortſchrittlichen, die Kulturträger, die Schönheitsſchöpfer.

Oeffentliche Abſchlachtungen gehören aber nicht zum Fortſchritt, Galgen auf dem Theaterplatz iſt keine moderne Kultur und zuckende Verbrecherkörper ſind alles andere aber keine Schönheit.

Drohobycz. Große Benzinexploſion. Am 31. Auguſt fuhr ein Chauffeur bei dem Benzin- und Petroleumlager von Sonnenberg an. Als Sonnenberg mit einem kleinen Gefäß Benzin einfüllte, warf der Chauffeur in der Zerſtreuung eine noch brennende Zigarette auf das Reſervoir. Es entſtand eine furchtbare Exploſion und im ſelben Augenblick ſtand das ganze Haus in Flammen, wodurch, da das Haus in der Stadtmitte ſteht, ein großer Schrecken hervorgerufen wurde. Aus den umliegenden Ortſchaften ſtellten ſich die Feuerwehren zur Hilfe ein und nach fünfſtündiger ſchwerer Arbeit war der Brand lokaliſiert. Aus den Trümmern wurden drei verkohlte Leichen hervorgeholt. Weitere 15 Perſonen haben während des Brandes Wunden davongetragen.

Wilna. Eine Wolfsjagd. Am 29. Auguſt veranſtaltete der Förſter von der Huta Niemen eine Wolfsjagd. Man traf auf ein Neſt von 7 Wölfen. Drei wurden auf der Stelle niedergelegt, drei angeſchoſſen und einer lief davon. Die angeſchoſſenen Wölfe wurden von den Bauern erſchlagen.

Deutſche Sozialiſtiſche Arbeitspartei Polens

Achtung, Krankenkaſſenräte!

Am Sonntag, den 5. September l. J., Punkt $8^1/_2$ Uhr morgens, findet ein Ausflug nach Tuszynek ſtatt, um dort den Bau der Krankenpavillons zu beaugenſcheinigen. Die Abreiſe erfolgt von der Zentrale der Krankenkaſſe, Wulczanſkaſtraße Nr. 225, aus. Die Mitglieder der Fraktion, die an dem Ausfluge teilnehmen wollen, müſſen dies bis Sonnabend mittag dem Verwaltungsmitgliede Kuk in der Redaktion zwecks Reſervierung der Fahrtgelegenheit melden. Der Fraktionsvorſitzende.

Ortsgruppe Nord, Reiter-Straße 13. Heute, Donnerstag, den 2. September, Punkt 7 Uhr abends, findet eine wichtige Vorſtandsſitzung mit Hinzuziehung der Vertrauensmänner ſtatt. Zu dieſer Sitzung werden die Vorſtandsmitglieder und Vertrauensmänner um zahlreiches Erſcheinen erſucht.

Jugendbund der D.S.A.P.

Lodz-Zentrum. Vorſtandsmitglieder. Freitag, den 3. September d J., um $7^1/_2$ Uhr abends, findet im Redaktionslokale die ordentliche Vorſtandsſitzung ſtatt. Das Erſcheinen aller Vorſtandsmitglieder iſt unbedingt erforderlich.

— Dramatiſche Sektion. Am Freitag, den 3. September, um 8 Uhr abends, findet die erſte Zuſammenkunft der dramatiſchen Sektion nach den Ferien im Parteilokale, Zamenhof-Straße Nr. 17, ſtatt. Um zahlreiches Erſcheinen wird gebeten. N.B. Wer noch Rollen beſitzt, wird gebeten, ſolche im Parteilokale täglich von 7— 9 Uhr abends abzuliefern.

— Neuanmeldungen von Mitgliedern in den Jugendbund finden Montags bei der Geſangübung, Petrikauer Straße Nr. 73, ſtatt. An anderen Tagen mit Ausnahme des Sonnabends von 7—9 Uhr abends im Parteilokale, Zamenhof-Straße Nr 17, Sonnabends von 5—7 Uhr.

Lodz-Zentrum. Turner! Beim Jugendbund, Ortsgruppe Lodz-Zentrum, beſteht eine Turnabteilung, zu welcher ſich Gönner des Turnſportes beiderlei Geſchlechts jeden abend von 7 bis 9 Uhr im Parteilokale, Zamenhof-Straße Nr. 17, melden können. Die Turnſtunde findet jeden Dienstag und Sonnabend auf dem Platze, Al. Kosciuszki Nr. 46, ſtatt, Eingang auch Petrikauer Straße Nr 109. Der Vorſtand.

Warſchauer Börſe.

Dollar 8.97

	31. Auguſt	1. September
Belgien	25.15	—.—
Holland	—.—	361.45
London	43.77	43.77
Neuyork	9.00	9.00
Paris	26.60	27.20
Prag	26.72	26.72
Zürich	174.15	174.15
Italien	29.40	31.30
Wien	127.45	127.45

Züricher Börſe.

	30 Auguſt	1. September
Warſchau	57.1/2	57.50
Paris	14.82,5	15 42,5
London	25.15	25.14,5
Neuyork	5.18 1/8	5.18
Belgien	14 20	14.55
Italien	17.01	18.15
Berlin	123,55	123.32
Wien	73.16 1/4	73.15
Spanien	79 30	79 30
Holland	207.52 1/2	207,5
Kopenhagen	137 61 1/2	137.62
Prag	15.34 1/4	15.35

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 1. September wurden für 100 Zloty gezahlt:

London	45.50
Zürich	57.—
Berlin	46.71—47.19
Auszahlung auf Warſchau	46.63—46.87
Kattowitz	46 68—46 92
Poſen	46,68—46.92
Danzig	57.55—57.70
Auszahlung auf Warſchau	57.33—57 47
Wien, Schecks	77.55—78 25
Banknoten	77,60—78.60
Prag	380.—

Der Dollarkurs in Lodz und Warſchau.

Auf der ſchwarzen Börſe in Lodz: 9.00—9.03, in Warſchau: 8.98. Der Goldrubel 4.75.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. L. Kuk.
Druck: J. Baranowſki, Lodz, Petrikauerſtraße 109

Zum Gartenfeſt der Ortsgruppe Lodz-Zentrum

Die Verteilung des Geflügels vom Sternſchießen im Garten „Sielanka" vom 22. d Mts. findet Freitag, den 3. d M, um 7 Uhr abends im Parteilokale, Samenhofſtraße 17, ſtatt.

Es wird gebeten das Geflügel an dieſem Tage unbedigt abzuholen.